

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Freitag, den 12. August 1921

Einzelnummer 25 Pfg. Durch Postämter 1,00 Pfg. für die Woche, 6,10 Pfg. für den Monat. Durch die Post 6,10 Pfg. für den Monat. Verlagsbüro Nr. 23 885, Sozialistischer Verlag, S. O. u. S. D., Dresden. Fernsprech-Anschluß: Ring 32. 887.

Abgabeort: Die 8 gespaltene Millimetergröße oder deren Raum 0,80 Pfg. monatlich 0,80 Pfg. Sechsen- und Wochenabgabe, Familienabgabe, Vereins- und Vereinsabgabe 0,40 Pfg. Kleinere: Die Millimetergröße, 8 gespaltene oder deren Raum 0,40 Pfg.

Aushungerungstriebe der Junker.

III.

Der Segen der Dürre.

Was die Junker also heute noch in ihrer Bucherfreiheit für, das ist das Umlageverfahren. Und deshalb sabotieren sie es denn auch mit allen Mitteln. Dabei scheuen sie auch vor Schiebungen nicht zurück, wie aus dem Bericht des „Börsefuriers“ hervorgeht. „Gott verläßt die Seinen nicht!“ Er ließ eine große Dürre kommen über alle Länder. Der Proletarier in seiner Beschränktheit sieht darin ungemessene Vermehrung von Not und Elend, er sieht darben, nach Brot schreiende Menschen, er sieht abgemagerte Kinder, er sieht die Ausbreitung verschiedener Krankheiten. Der Junker aber sieht darin etwas ganz anderes. Er sieht wachsende Getreidepreise, wachsenden Profit. Ja, er sieht schon das ganze Umlageverfahren ins Wanken geraten. Dafür einige Beispiele. Die „Freiheit“ vom 5. August 1921 wußte aus Ostpreußen zu melden:

„Die Reichsgetreidekasse hat von den ostpreussischen Agrariern verlangt, daß sie insgesamt 4 367 500 Doppelzentner Brotgetreide ausbringen sollen, was bei einer Anbaufläche für Brotgetreide von 426 000 Hektar 5 Zentner für den Morgen ergeben würde. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer erläßt nunmehr eine programmatische Erklärung, in der behauptet wird, daß die Ernte in weiten Teilen der Provinz weniger als 5 Zentner pro Morgen und nur in einigen Teilen vielleicht 7 Zentner pro Morgen betragen werde. Sie sei infolge dessen außerstande, die Umlage auf die Kreise zu verteilen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Sie sagt weiter, daß die einzelnen Kreise und die Landwirte über die Höhe der ihnen zugemuteten Umlage in Streit geraten werden, und daß dadurch die Brotversorgung gefährdet werden könnte. Die Landwirtschaftskammer fordert zwar am Schluß ihrer Kundgebung die Landwirte auf, nach besten Kräften Getreide abzuliefern; es ist klar, daß die ostpreussischen Agrarier es schon verstehen werden, wie die Kundgebung in Wirklichkeit gemeint ist, nämlich als eine verdeckte Aufforderung zur vollkommenen Sabotage des Umlageverfahrens.“

Die „Kreuz-Zeitung“ vom 27. Juli meldet aus der Provinz Sachsen:

„Ein Vertreter der Reichsgetreidekasse teilte mit, daß an den Umlagen, wie sie für die einzelnen Provinzen festgesetzt wären, nicht gerüttelt werden dürfe. Ein Ausgleich innerhalb der Provinz könnte nur vom Oberpräsidenten vorgenommen werden.“

Table with 3 columns: Liefern sollen, Soll 1920, Abgeliefert 1920. Rows: Magdeburg, Merseburg, Erfurt.

Der Vertreter des Landbundes und der Landwirtschaftskammer gaben folgende Erklärung ab: Die Landwirtschaftskammer lehnt es ab, sich zu der Getreideumlage gutachtlich zu äußern, da hierzu die Zeit zu kurz wäre und entsprechende Unterlagen fehlten. Sie protestiert gegen die Höhe der Umlage für die Provinz Sachsen und lehnt jede Verantwortung ab.“

Die „Freiheit“ vom 25. Juli 1921 berichtet aus dem Rheinland:

„Die Getreideumlage für die Rheinprovinz hat wegen ihrer Höhe in der rheinischen Landwirtschaft starken Widerspruch hervorgerufen, da die Erwartungen, die an dieses System in bezug auf den Abbau der Zwangslandwirtschaft geknüpft wurden, enttäuscht wurden. Dazu kommt noch, daß die Dürre der letzten Wochen die rheinische Ernte gewaltig geschädigt hat. Nach mehreren Verhandlungen mit den maßgebenden Berliner Stellen wurde in den letzten Tagen unter Führung der Landwirtschaftskammer eine Besichtigungstour durch die Provinz unternommen, an der auch der preussische Staatskommissar für Volksernährung teilnahm. Die Reise bestätigte die gegungen Behauptungen. Auch der Herr Staatskommissar habe anerkennen müssen, daß die Rheinlande von einer Missernte heimgekehrt sind, und daß die Umlage in der vor-gesehenen Höhe nicht geleistet werden könne.“

Die „Kreuz-Zeitung“ vom 25. Juli teilte folgendes Drahtersuchen des Reichslandbundes an die Reichsregierung und die preussische Regierung mit:

„Infolge anhaltender Trockenheit droht für Sommergetreide in vielen Gegenden Missernte. Daher Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung vieler Orte nicht möglich. Bitten daher, durch besondere Kommissionen im Wege der Zollbefreiung Umlage schleunigst nachzulassen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen.“

Ob mit oder ohne Regierung ist dem Reichslandbund natürlich vollkommen gleichgültig. In den letzten Zustimmungen des Reichslandbundes ist folgendes zu lesen:

„In Ausführung der Beschlüsse der Vorstandssitzung vom 19. Juli trat gestern die Provinzialkommission zur Nachprüfung der Vorbereitungen für einen landlichen Lieferpreis in Berlin zusammen. Entsprechend der einstimmigen Ansicht des Vorstandes stellte sich auch die

Für sofortige Aufnahme des Kampfes!

Durchführung der 10 Forderungen des ADGB. — Allgemeine Lohnerhöhung.

Eine vom Bezirks- und Ortsleiter Straßund der freien Gewerkschaften einberufene, große öffentliche Volksversammlung nahm einstimmig folgende Entschliebung an: Die öffentliche Gewerkschaftsversammlung des Ortskartells Straßund protestiert aufs schärfste gegen die erneut auf allen Gebieten einsetzende Teuerung, besonders aber gegen die neue ungeheuerliche Erhöhung des Brotpreises. Sie protestiert ferner gegen jede neue steuerliche Belastung der breiten Masse des Volkes durch indirekte Steuern.

Sie verlangt von allen Parlamentsvertretern der Arbeiterparteien aufs entschiedenste, daß sie sich unter allen Umständen gegen jede indirekte Steuer mit aller Schärfe wenden.

Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als schon der ADGB in einer Denkschrift an die Völker der Entente vom Februar dieses Jahres feststellte, daß die Löhne der Arbeiter ungefähr um das Fache, die Kosten der notwendigen Lebenshaltung aber um das 15fache gestiegen seien. D. h., daß die Löhne doppelt so hoch sein müßten, wie sie sind, wenn sie nur die bescheidene Lebenshaltung vor dem Kriege ermöglichen sollten. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse noch bedeutend verschlechtert.

Von der gegenwärtigen Regierung erwartet die Arbeiterpartei nichts. Ihre Taten beweisen, daß sie sich nur als Vertreterin der bestehenden Klasse fühlt und gegen die Arbeiter nur reaktionäre Gewaltmaßnahmen zur Verfügung hat.

Die Arbeiterschaft lehnt ferner aufs entschiedenste den Gedanken ab, der auf der Hamburger Gewerkschaftskonferenz vom 10. Juli von ersten Führern der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen wurde, daß die Arbeiterschaft die Folgen des kapitalistischen Krieges zu tragen und die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages auf sich zu nehmen habe.

Auch der Gedanke der Einführung eines Zwangsarbeitsdienstjahres und einer 9. und 10. Arbeitsstunde, der dort ernsthaft diskutiert wurde, bedeutet eine Provokation der Arbeiterschaft. Es ist bedauerlich, daß solche Gedanken von Arbeiterführern überhaupt besprochen werden in einer Zeit, wo Millionen arbeitslos sind.

Arbeiter, folgt überall dem Beispiel der Straßunder Gewerkschafter!

Kommission auf den Standpunkt, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart eine genaue Nachprüfung der Streikvorbereitungen der Kreisverbände bringen erforderlich machen, damit eintretendenfalls die Landwirtschaft voll gerüstet einen ihr aufgezwungenen Kampfaufnehmen kann. Die Kommission beschloß infolgedessen in Ausübung der ihr übertragenen Vollmacht, am 19. d. Mts. eine Sitzung der Streikkomitees der Kreise zusammenzuberaufen. Einladungen dazu sind bereits an die Kreisverbände gegangen. Bei der entscheidenden Bedeutung dieser Frage ist das Erscheinen aller Geladenen Ehrensache und Zwang.“

Was hier das Junkertum tut, ist ein Verbrechen an die werktätigen Massen des Volkes, ein Verbrechen, das mindestens ebenso groß ist wie das Verbrechen des Weltkrieges. Sie gehen auf nichts geringeres aus, als auf die buchstäbliche Aushungerung von Millionen. 20 Millionen sind in Deutschland zuviel“, sagte Prof. Gruber. Die deutschen Junker sind vollauf dabei, diesen Ausspruch zur Wirklichkeit zu machen. Dabei verheimlichen wir Kommunisten durchaus nicht, daß es in den letzten Wochen schon heiß und trocken war. Aber wir wissen zugleich, daß die Brotgetreideernte zumal in den großagrarischen Gebieten infolge der vorher sehr günstigen Witterung trotz allem recht gut ausgefallen ist, daß man z. B. in Pommern aus einer Roggensteige im Durchschnitt 70—80 Pfund Korn erreicht hat gegen 40 bis 50 Pfund im vergangenen Jahr. Nicht die Brotgetreideernte ist durch die Dürre gefährdet worden, wohl aber hat durch sie die Ernte an Futtergetreide teilweise gelitten, und zwar sind davon vor allem die kleinen Arbeitsbauern Süd- und Westdeutschlands betroffen worden, die zumeist intensive Viehzucht treiben und an sich schon nur über geringe Futtermengen verfügen. Aus allem aber weiß das Junkertum seinen Nutzen zu ziehen: Sabotage des Umlageverfahrens, Verfütterung von Brotgetreide, himmelhohe Bucherpreise werden begründet mit „Dürre der letzten Wochen“ — obwohl diese erst einsetzte, als der Roggen bereits fast überall ausgereift war.

IV.

Das Junkertum provoziert obendrein noch! Die Aushungerung des Proletariats hat begonnen... Gleichwohl hat das Junkertum noch den Mut, den Tatsachen frech ins Gesicht zu schlagen und sich aufzu-

Die Lasten des Krieges fallen auf jene Kreise zurück, die es immer verstanden haben, in der bittersten Not des deutschen Volkes Riesengewinne zu erzielen und die deutsche Wirtschaft zugrunde zu richten.

Die Versammelten fordern den Vorstand des ADGB auf, unverzüglich umfassende, sich über das ganze Reich erstreckende Kampfmaßnahmen vorzubereiten, um der ungeheuren Teuerung ernsthaft entgegenzutreten.

Es wird gefordert:

- 1. Sofortige Erfüllung der 10 Punkte des ADGB mit allen den Gewerkschaften zu Gebote stehenden Mitteln. 2. Einleitung einer einheitlichen Lohnbewegung über das ganze Reich mit der Forderung einer mindestens 50-prozentigen Lohnerhöhung.

Sollte der ADGB es ablehnen, wirklich ernsthafte Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen, so sieht sich die Arbeiterschaft gezwungen, selbst die nötigen Maßnahmen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes zu treffen, um die Arbeiter vor der völligen Verelendung zu schützen.

Die örtlichen Gewerkschaften aller Verbände des ganzen Reiches werden aufgefordert, gemeinsam mit uns den entschiedenen Kampf gegen die neue Teuerung aufzunehmen und die Gewerkschaftsleitungen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes auf der ganzen Linie zu zwingen.

Die Arbeiterschaft Straßunds hat hiermit ihrem entschlossenen Kampfeswillen Ausdruck gegeben, sie ruft alle Mitglieder der deutschen Gewerkschaften auf, sich im Kampfe gegen das Kapital zu einer einheitlichen Kampffront zusammenzuschließen, die Gewerkschaftsleitungen zu zwingen, die ganze Macht der Gewerkschaften einzusetzen zur Abwehr des neuen Raubzuges der Ausbeuterklasse. Dieser Appell muß überall im Reich den kräftigsten Widerhall finden! In allen Gewerkschaftsversammlungen muß die Arbeiterschaft die Forderung des einheitlichen Vorgehens des gesamten Proletariats erheben, darüber hinaus müssen Betriebsratensammlungen dazu Stellung nehmen und die Gewerkschaftsbürokratie zwingen, dem Verlangen der Arbeiterschaft zu entsprechen.

werten als „Retter des Volkes in höchster Not“. Der Reichslandbund für die Provinz Sachsen vertreibt Flugblätter, in denen zunächst die Produktionskosten für das Getreide von 1 Morgen aufgerechnet werden. Ohne auf die phantastischen Steuer- und Lohnberechnungen in diesem Zusammenhang einzugehen, wollen wir hier nur drei Tatsachen konstatieren:

1. Der Reichslandbund versucht, allgemeine landwirtschaftliche Produktionskosten aufzurechnen. Das ist die reinste Demagogie. Ein Kleinbetrieb arbeitet erheblich teurer als ein Großbetrieb. Eine solche Aufrechnung kann also nur den Sinn haben, die Räte der kleinen Arbeitsbauern als Vorwand für eine weitere Steigerung der junkerlichen Profite zu benutzen.

2. Im ganzen Aufsatze wird lediglich allgemein vom Umlagegetreide gesprochen. Nun ist es aber Tatsache, daß die Großbetriebe und die Betriebe mit besonders gutem Boden in reichem Maße über Ueberflüsse, aber das Lieferlohn hinaus verfügen und daß, wie wir gesehen haben, der Preis dieses Getreides heute merklich über dem Weltmarktpreise steht. Das zu verschweigen ist gleichfalls Demagogie zugunsten der Großbetriebe und der festen Großbauern.

3. Im Umlageverfahren werden die Preise gezahlt, die von der Indexkommission als „Produktionskosten“ berechnet sind. Diese Ziffern mögen für die teuer produzierenden Kleinlandwirte nicht zutreffen, jedenfalls haben ihnen die landwirtschaftlichen Vertreter jener Kommission zugestimmt! Sept hinterher in dieser Weise gegen die Indexziffern polemisieren, ist wiederum nichts anderes als schamlose Demagogie.

Zum Schluß des Aufsatzes heißt es dann folgendermaßen:

„Angesichts der vorstehenden Ziffern fragt man sich, warum die Regierung der Verheerung der Bevölkerung durch die Sozialisten nicht energisch entgegentritt. Ruhe und Ordnung im Lande und die Sicherung der Ernährung erfordern eine schnelle Aufklärung der verheerenden Bevölkerung durch die Regierung.“

Will das Proletariat sich auch noch diesen schamlosen Sohn bieten lassen?

Kann es abwarten, bis die Aushungerungskampagne des Junkertums sich voll entfaltet?

Und indes das Proletariat darbt und hungert, freut sich der Junker der Fülle und denkt gar nicht daran, den hungernden Arbeitern Brot zu schaffen.

Das Kapital kann seine Lohnsklaven nicht mehr ernähren. Der Untergang in die Barbarei steht bevor, sofern das Proletariat nicht die Rettung durch den Sozialismus vorzieht. In eurer Hand, deutsche Arbeiter, liegt es, was geschehen soll.

Macht aus euren Gewerkschaften Organisationen des Klassenkampfes!

Nehmt mit ihnen den Entscheidungskampf gegen Industriekapital und Junkertum auf!

Reißt dem Landarbeiter und dem kleinen Arbeiter die Hand zu diesem Kampf!

Berühmt die Gewaltorganisationen des Junkertums!

Nutzt jede Gelegenheit aus, um den Klassenkampf auf Land zu tragen!

Steht dem Landproletariat bei in seinen Kämpfen, die es überall in Deutschland mit den Junkern ausführt!

Dieser Weg des Kampfes mag hart erscheinen. Er ist das einzige Mittel, dem Proletariat Brot und Lebensmöglichkeit zu schaffen.

# Politische Uebersicht.

## Der Widerhall des russischen Hungeres.

### Das englische Proletariat für Sowjetrußland.

Der Hunger des russischen Proletariats an alle Proletariat der Welt hat in England einen lebhaften Widerhall gefunden. Sammlungen von Geld und Lebensmitteln sind schon im Laufe. In den letzten Nummern macht „Daily Herald“ eine großzügige Propaganda zugunsten Sowjetrußlands. Das gibt uns ein Bild der Stimmung des englischen Proletariats und zeigt, daß glücklicherweise die Unterschichten des deutschen „Vorwärts“ in den revolutionären Kreisen isoliert bleiben.

### Das italienische Proletariat für Sowjetrußland.

In einem Manifest, das „Ordine Nuovo“ veröffentlicht, ruft die KPS alle Proletariat Italiens zur Hilfe für das russische Volk auf. Die KPS hat auch ein Komitee gebildet und vorgeschlagen, daß die Hilfsaktion von der Arbeitskammer unter Mitarbeit aller proletarischen Parteien geführt wird.

### Der Papst für Rußland.

Rom, 8. August.

Der Papst richtete an den Kardinal-Staatssekretär ein Schreiben, in dem er alle Christen und zivilisierten Völker auffordert, edelmütig der hungernden russischen Bevölkerung zu helfen.

Die „Christen“ und die „zivilisierten Völker“ haben es bisher bei schönen, nichtsagenden Hilfsversprechungen bewenden lassen, soweit sie nicht gar in schwamloser Heße gegen das hungernde Rußland ihrem „Ekelmut“ Ausdruck gegeben haben. „Der Papst für Rußland“ — die Christen im Sager des Antihörschismus!

## Die zweite Sitzung des Obersten Rates.

### Lloyd Georges und Briands Reden.

(S. 22.) Paris, 9. August.

In der heutigen Vormittagsitzung des Obersten Rates ist keine Entscheidung in der Frage der Entsendung von Truppenverpflichtungen getroffen worden.

Die Rede, die Lloyd George in der heutigen Vormittagsitzung des Obersten Rates gehalten hat, wird von S. 22 in folgender Fassung verbreitet: Lloyd George zeigte den Ernst des oberösterreichischen Problems, eines der verwideltsten, die je den Obersten Rat beschäftigt haben. Lloyd George bemerkte, daß die Regelung des oberösterreichischen Problems ganz besonders den drei Mächten zuzufallen, die die Aufgabe übernommen hätten, die Volksabstimmung in Gemäßheit des Friedensvertrages von Versailles durchzuführen zu lassen, also Frankreich, Italien und Großbritannien. Die beiden letzteren Mächte hätten in der Frage die gleiche Ansicht, der französische Standpunkt sei abweichend. Man müsse versuchen, die in Frage kommenden Theorien auszugleichen.

Man dürfe nicht aus Österreich ein neues Elend hervorgehen lassen. Die gesamte Bevölkerung von 5.200.000 enthalte nur 1.200.000 Polen. Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme.

Lloyd George schlug alsdann vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Prüfung wird auf folgenden Grundlinien erfolgen.

1. alle Stimmen müßten für die Zuspicherung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zuspicherung kann nicht gemeindeweise erfolgen, sondern entsprechend der Reichheit, die sich herausgebildet habe.

2. einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das dem Herz Österreichs sei. Die Industriezone, die viel ausgebeuteter sein solle, als es der französische Beschäftigte wünschige, sei eine künstliche Schöpfung. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Reichheit erlangt habe.

3. die industriellen Gemeinden seien von einander unteilbar, denn sie bilden eine eigene wirtschaftliche Einheit. Lloyd George sagte zum Schluß, Frankreich müsse von seinem Sieg nur mit Mühseligkeit und Willigkeit Gebrauch machen.

EE Paris, 9. August.

Um 1.30 Uhr mittags wurde die Sitzung ausgesetzt. Um 2.30 Uhr traten die Sachverständigen erneut zusammen. Inzwischen hatten die beiden Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands eine Unterredung gehabt.

Um 4.30 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Die Sitzung wurde eröffnet mit einer

### Wichtige Beschlüsse.

Beland erklärte zunächst, daß die französische Politik keinerlei breiten Charakter habe, aber England müsse sich darüber Rechenschaft abgeben, daß es Sieger und Besiegte gebe. Der Beschluß der Sitzung habe die Verantwortlichkeiten festgelegt. Die Alliierten hätten die Entscheidung getroffen, Polen wieder aufleben zu lassen. Zuspätkommen müsse man Polen die Möglichkeit geben, zu leben. Die Friedenskonferenz habe zwar einstimmig den Willen, Österreich den Polen zuzuschicken. Daraus ist, daß es Polen keine Hoffnungen er-

stlich Oberschlesens gemacht habe, die man nicht zu sehr enttäuschen dürfe.

Briand bemühte sich zu beweisen, daß Oberschlesien keineswegs deutsch sei. Er erklärte, daß Frankreich niemals die Absicht hatte, die Stimmen der Arbeiter als weniger wertvoll anzusehen als die der Landleute. Sodann sprach Briand eingehend über das Industriegebiet und schloß seine Rede mit der Versicherung, er hoffe, man werde zu einem Einvernehmen gelangen. Falls dies nicht möglich sei, würden unberechenbare Folgen entstehen. Nach einer Unterbrechung der Sitzung erörterte man sodann die orientalische Frage.

Der Vorschlag Lloyd Georges, den Sachverständigen neue Weisungen zu geben, läßt eine weitere Verschleppung der Entscheidung als durchaus möglich erscheinen.

## Die Willkür der Bourgeoisensatoren in Danzig.

Ein Polizeileutnant treibt den Volkstrotz auseinander.

Ueber das brutale Willkürregiment der Danziger bürgerlichen Senatoren gegenüber den gewählten Vertretern der Danziger Arbeiterschaft, das in nichts dem Schredensregiment Putschis in Jugoslawien nachsteht, erfahren wir noch nähere Einzelheiten. Ein Bericht der „Freiheit“ zeigt, wie in Danzig die einfachsten Rechte bürgerlicher Demokratie mit Füßen getreten werden.

Der Volkstrotz wurde auf Anordnung des Senats der Sipo ausgeliefert und die Welt erlebte das Schauspiel, daß ein Polizeileutnant vom Nebentritt aus verkündete: „Im Auftrag des Volkstagspräsidenten habe ich den Sitzungssaal zu räumen und fordere die Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen.“ Natürlich antwortete ihm schallendes Gelächter von der Linken. Hinterher suchte sich der Volkstagspräsident und der Senator des Innern Schimmer gegenseitig die Verantwortung für die polizeiliche Besetzung des Volkstages zuzuschreiben.

Schlimmer noch als dies ist die Verhaftung der beiden kommunistischen Abgeordneten Schmidt und Rahn, die von der Sipo aus dem Sitzungssaal herausgeholt wurden. Eine jämmerliche Preisgabe der Immunität. Sofort nach der Verhaftung der beiden Abgeordneten wurde um das Volkstagsgebäude ein Drahtverhau (Spanische Weiler) gezogen und nur Personen mit Ausweisen durften diese Straßen passieren. Die Verhafteten wurden sodann mittels Auto und unter starker Bewachung nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo sie in Haft gehalten wurden. Als die Weiden angebracht wurden, stimmten die zahlreich vor und im Polizeipräsidium untergebrachten Sicherheitsbeobachter Hurrarufe an und sangen das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Die Staatsanwaltschaft hat bisher den Haftbefehl nicht aufgehoben.

Kun hörte man erst die Begründung für die Verhaftung der beiden Abgeordneten. Sie sollen wegen Verbrechen gegen den Paragraph 105 des Strafgesetzbuches angeklagt werden. Der Paragraph lautet:

Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats auseinanderzuprennen, zur Auflösung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.

Wer seine fünf gefunden Sinne auch nur einigermaßen bewahrt hat, wird zu dem logischen Schluß kommen, daß nicht Schmidt und Rahn, sondern der Volkstagspräsident ins Zuchthaus gehört. Und alles das wegen einfacher Obstruktion, einem parlamentarischen Kampfmittel, das in der ganzen parlamentarischen Geschichte selbstverständlicher Brauch war.

Wir erwarten von der geeinten Danziger Arbeiterschaft, daß sie ausharrt in ihrem Kampfe gegen den weißen Schreden der Bourgeoisensensatoren bis zur Freilassung der kommunistischen Abgeordneten, und daß sie die Auflösung des jetzigen Volkstages erzwingt und damit den Sturz der Regierung. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß sie auf nichts anderes als auf ihre eigene Kraft sich verlassen darf im Kampf gegen den Terror der Bourgeoisie mit Hilfe von Gesetz und Polizei. Das was heute den gewählten Arbeitervertretern in Danzig geschieht, kann ihnen morgen in Ruhr-Bayern und übermorgen in Preußen geschehen.

## Das Eingewerkwerden eine Wohlthat für den Arbeiter.

Die weit wir unter dem Regime eines demokratischen Justizministers gekommen sind, beweist folgender Erlaß:

Der Justizminister Berlin S. S. den 22. April 1921. Wilhelmstr. 65.

Auf Grund des Beschlusses des Landgerichts zu Magdeburg vom 24. September d. J. hat der Rechtsanwalt ..... in Kenndorfleben beantragt, dem Arbeiter August Kubitz in Albersleben für den Vermögensschaden, der ihm durch die in der Zeit vom 18. April 1920 bis 24. September 1920 wegen des Verbachens schwerer Diebstahls erlittene Unternehmungskosten zu ersetzen, gemäß dem vom 14. Juli 1904 (RGZ S. 21) eine Entschädigung zu bewilligen.

Dieser Antrag wird als unbegründet zurückgewiesen, da dem Kubitz nach den anerkannten Umständen ein Vermögensschaden nicht entstanden ist und Kubitz in der Freiheit auch nur den notwendigen Lebensunterhalt erworben hätte, der ihm im Gefängnis gewährt worden ist.

(E. S.) gez.: Unterschrift unleserlich.

Die alljährlich ist also der Arbeiter, der, empfindet mit seiner Familie langsam zu verhungern, eingewerkert und verpflegt wird. Hier wird ihm amtlich bekräftigt, daß er es in der Freiheit auch nicht besser hat als im Gefängnis. Steht die Arbeiterschaft endlich ein, daß sie unter Bedingungen ihr Dasein fristen, die den berückeltesten Zuchthausgefangenen nicht nachstehen?

## Das Ende der „unabhängigen“ USP.

Die Propaganda um die Vereinigung von SPD und USP hat bereits „praktische“ Folgen gezeigt. Die USP Oberelsb-Bezirk hat glatt vor der SPD kapituliert. Sie ist mit ihr in eine Arbeitsgemeinschaft getreten, und ohne ein Wort der Kritik oder der Würdigung berichtigt die „Freiheit“ darüber:

In einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft haben die Organisationsleiter der SPD und anderer Partei für Danzig und Oberelsb einen Arbeitsgemeinschaftsvertrag geschlossen, der folgenden Wortlaut hat:

1. Zwischen der SPD und USP, Ortsvereine Danzig und Oberelsb wird eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.

2. Spitze dieser Arbeitsgemeinschaft bilden je 2 Vertreter aus den Vorständen der der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien.

8. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist, durch Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte deren Stoß- und Abwehrkraft zu erhöhen.

4. Um das zu erreichen, sollen a) alle Aktionen, die über das Interesse einer einzelnen Partei hinausgehen, gemeinsam, und falls sie nicht rein politischer Natur sind, in Gemeinschaft mit dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission vorbereitet und durchgeführt werden;

b) die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlungen Hand in Hand arbeiten, sich über alle Fragen, Anträge und Vorlagen, die in den Stadtverordnetenversammlungen zur Verhandlung gelangen, vorher verständigen und sich in den Kommissionen sowie im Plenum der Stadtverordnetenversammlung gegenseitig unterstützen. Zu diesem Zweck sind von beiden Fraktionen je 2 Vertreter zu benennen. Bei wichtigen Angelegenheiten sind gemeinsame Fraktionsitzungen einzuberufen;

c) die Fraktionen darüber wachen, daß in den ihnen unterstellten Zeitungen der Kampf gegen die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Parteien und deren Organe nicht in einer verletzenden Form geführt wird.

d) Auch in den Versammlungen soll der Kampf nicht in ehrverletzender Weise geführt werden. Die ganze Stoßkraft ist möglichst gegen die bürgerlichen Parteien zu richten.

5. Wenn eine der an diesem Vertrag beteiligten Körperschaften in grober Weise gegen den Vertrag oder Teile des Vertrages verstößt, so steht es dem anderen am Vertrag Beteiligten frei, von der Arbeitsgemeinschaft zurückzutreten. Jedoch soll vorher die Spitze der Arbeitsgemeinschaft hiervon schriftlich benachrichtigt werden. Ist keine Verständigung möglich, so wird der Vertrag gelöst.

6. Dieser Vertrag tritt am 15. September in Kraft.

Seit dem Ausscheiden der revolutionären Teile aus der USP, ist diese keine selbständige politische Partei mehr. Immerhin glaubt der revolutionär gestimmte Teil der Mitgliedschaft der USP, daß die früheren Unternehmungsmerkmale zwischen den beiden Parteien noch fortbestehen. In dem famosen Arbeitsgemeinschaftsvertrag ist aber wohlweislich kein Wort enthalten, das erkennen ließe, ob für die gemeinsame politische Betätigung irgendwelche Bedingungen über Politik gestellt worden sind. Es kann sich somit nur um eine glatte Unterwerfung der USP unter die Burgfriedenspolitik der SPD handeln. Die Arbeiter der USP haben ein Recht, Klärung zu fordern, wie die gemeinsame Politik ihrer Führer aussehen soll. Sonst können sie eines Tages als Mitglieder der Kollaboration aufwachen, ohne selbst zu wissen, wie sie dazu gekommen sind.

Wir Kommunisten wissen, daß es auf die Dauer keine Partei der Mitte geben kann und begrüßen jeden Schritt, der zur Klärung in der Arbeiterbewegung führt. Die Arbeiter der USP, die noch ehrlich revolutionär geonnen sind, müssen sich mit aller Kraft dagegen wehren, daß ihre revolutionäre Gesinnung von ihren Führern einfach als nicht existierend betrachtet wird. Wenn heute die Fragen: Burgfrieden oder revolutionärer Klassenkampf entschieden werden, so darf im Interesse der Arbeiterbewegung diese Entscheidung nicht fallen, ohne daß die beteiligten Arbeiterschichten wissen, wofür sie sich entschieden haben.

# Gewerkschaftliches.

## Die Zechenverwaltungen pfeifen auf die Warnungen der Betriebsräte.

### Die Bergbehörden auf Seiten des Grubenkapitals.

Auf der Zeche „Bruchstraße“, Langendreer bei Bochum, hatte der Betriebsausschuß berechtigten Grund, eine Prüfung der Förderanlagen unter seiner Beteiligung zu verlangen. Bergrat Oberschulte wurde auch dazu veranlaßt, diese Prüfung vornehmen zu lassen am Dienstag, den 2. August.

Bei der Prüfung stellte es sich heraus, daß die Fangvorrichtung des Korbes der 4. Sohle, Schacht 1, nicht in Ordnung war, so daß weder der Betriebsführer noch der Betriebsausschuß die Verantwortung für die Aufsicht der Nachtschicht übernahm.

Die Prüfung der Fangvorrichtung des 1. Korbes der 5. Sohle konnte nicht vollzogen werden, weil die Fördermaschine den Korz nicht heben konnte. (Rutschen des Seiles.)

Der Betriebsausschuß beharrte auf seinem Verlangen, daß auch die Fangvorrichtung der 5. Sohleförderung vorgenommen werden müsse. Von der Verwaltung wurde diesem auch stattgegeben. Aber auch bei Anwendung von Hilfsmitteln (Anbringung von Klammern) gelang es nicht, den Korz zu heben.

Der Betriebsausschuß hat mit Direktor Beder vereinbart, daß die Fangvorrichtung der 5. Sohleförderung im befindlichen Zustande belassen werden sollte (inzwischen war durch weitere Anwendung von Hilfsmitteln der Korz gehoben) bis die durch den Vertreter der Bergbehörde beauftragt sei. Um dieses zu erreichen, begab sich ein Mitglied des Betriebsausschusses zum Bergrat Oberschulte, welcher dienlich auf der Schachtanlage Neu-Herlorn antwortend war. Auf das Ersuchen, zur Schachtanlage Bruchstraße zu kommen um die Schuldfrage festzustellen, antwortete der Bergrat Oberschulte, daß er gegen 11-11½ Uhr dort sein werde. Er ist aber nicht gekommen, sondern in 50 Meter Entfernung an der Zeche Bruchstraße im Gefährt der Schachtanlage Neu-Herlorn vorbeigefahren, ohne seinem Versprechen nachzukommen.

Betriebsführer Mitteldorf teilte dem Betriebsausschuß mit, daß Direktor Beder die Anweisung erteilt habe, die Fangvorrichtung auszubauen bzw. nachzusehen, um eine weitere Einleitung von Feierschichten zu verhüten. Rücksprache mit Bergrat Oberschulte sei dieserhalb erfolgt.

Beim Nachsehen der Fangvorrichtung wurde festgestellt, daß dieselbe vollständig eingetroffen war. Ein Rutschen der Bolzen war unmöglich, erst als der Brennapparat in Tätigkeit getreten war und die Bolzen ausgebrannt waren, konnte die Röhre ausgewechselt werden. Dieselbe konnte erst wieder eingebaut werden, nachdem 3 Kilometer abgehohlet waren.

Am Donnerstagmorgen (4. 8.) beauftragte Bergrat Oberschulte mit der Verwaltung den ausgebauten Korz. Auch hierzu wurde der Betriebsausschuß nicht hinzugezogen.

Nach der Befestigung des Korbes wurde dem antwortenden Betriebsausschussmitglied vom Bergrat Oberschulte die Eröffnung gemacht, daß der in Anbetracht der Notwendigkeit des Ausbaus gütliche. Dem Verlangen des Betriebsausschussmitgliedes, den ausgebauten Korz solange liegen zu lassen, bis ein Vertreter der Bergbehörde hinzugezogen sei, wurde antwortend vom Bergrat widersprochen. Dem Betriebsausschussmitglied wurde weiter vom Bergrat Oberschulte gesagt, daß er Stellung beim Reichs- und Staatskommissar machen werde, da er keine Befugnisse erheblich überstiegen habe. Direktor Beder stellte am Bergrat Oberschulte das Verlangen, den ausgebauten Korz vollständig auszubauen. Bergrat Oberschulte gab keine Einwilligung hierzu. Wiederrum wurde dem Betriebsausschuß die letzte Gelegenheit genommen, dem Ber-

terter der Oberbergbehörde den Nachweis zu bringen, daß die Fangvorrichtung nicht in Ordnung war.

Dieser Bericht zeigt, wie von den Zechendirektoren die Maßnahmen der Betriebsausschüsse zur ordentlichen Instandhaltung der Fördererichtungen in den Wind geschlagen werden. Wollen die Betriebsausschüsse aber einmal vor den höheren Bergbehörden den Nachweis führen, daß Fördererichtungen nicht in Ordnung sind, und daß ein frevelhaftes Spiel mit Menschenleben getrieben wird, so helfen die Behörden den Direktoren dazu, die Spuren ihres Verbrochens schnell zu verwischen, ehe ein offizieller Tatbestand aufgenommen wird. Ganz ungeheuerlich erscheint aber die Drohung des Bergrats Oberschulte gegen den Betriebsrat, ihn wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse zu melden.

Die Arbeitererschaft muß verlangen, daß das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ausgebaut wird. Alle gewerkschaftlichen Machtmittel müssen zur Erreichung dieses Zweckes eingesetzt werden. Der verwerfliche Raubbau des Kapitals mit Menschenkräften und Menschenleben muß aufhören.

### Die Eisenbahner stellen ihre Forderungen.

Der deutsche Eisenbahnerverband teilt uns mit: Am 9. August traten die Vertreter der vier großen Eisenbahnerorganisationen: Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter zu einer Beratung über die Durchführung der aus der Preissteigerung auf allen Gebieten sich ergebenden Lohn- und Gehaltsforderungen zusammen. Nachdem die Reichsgewerkschaft erklärt hatte, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Beamtenbunde vorläufig eine Einheitsfront für die Eisenbahner nicht herstellen zu können und ihre Vertreter sich geweigert hatten, gemeinsame Forderungen aufzustellen, erfolgte die Konstituierung des Sechzehnerausschusses, der sich aus den erstgenannten drei großen Verbänden zusammensetzt. Weiber die eingetragenen Forderungen wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Aufgebessert werden sollen die Bezüge der Arbeiter, Angestellten, Diätäre, Beamten und der Pensionäre. Es soll versucht werden, die Verhandlungen auf schnellstem Wege zustande zu bringen.

Durch das verätherliche Verhalten der Führer der Reichsgewerkschaft darf die Stimmkraft der Eisenbahner nicht geschwächt werden. Die Mitglieder aller Verbände müssen auf ihre Leistungen einwirken, damit die Lohnbewegung mit aller Energie durchgeführt wird und die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel erfolgt, sobald die Reichsregierung versucht, die Verhandlungen zu verschleppen.

### Der Landarbeiterstreik im Kreis Leipzig beendet.

Trotzdem der Verbandsvorstand und der Kreisvorstand den freitenden Landarbeitern im Leipziger Kreis die Streikunterstützung verweigerten, haben sie 10 Tage lang gestreikt. Am 6. August haben sie die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie eine geringe Verbesserung des Lohnes erzielt, sowie Maßregelungen verhindert haben.

### Verrat an den Landarbeitern Mecklenburgs.

Am 5. August haben die Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes in den Räumen des Staatsministeriums Schwerin mit den Vertretern der Junkerorganisation, dem Landbund, verhandelt. Es kam dort eine „Einigung“ zustande, die ganz minimale Lohnerhöhungen vorsieht und eine Verhöhnung der Landarbeiter bedeutet. Auf Grund der Vereinbarung können die Junker nach Belieben Maßregelungen vornehmen.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Landarbeiter diesem Diktat unterwerfen werden, die Belegschaften vieler Güter haben bereits beschlossen, die Bedingungen abzulehnen und weiterzukämpfen. Die Landarbeiter können der Sympathie der Industriearbeiter sicher sein.

# Der ADGB. verspricht zu kämpfen.

## Durchführung der Forderungen mit allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes.

Das deutsche Proletariat steht im schärfsten Abwehrkampf gegen die Offensive eines brutalen Unternehmertums, das mit allen Mitteln den Arbeitstag verlängern, den Lohn verkürzen, die Lebenslage der Arbeitererschaft niederdrücken will. Das deutsche Proletariat war gezwungen, in einer ununterbrochenen Reihe von Lohnkämpfen sich dagegen zu wehren. Heute stehen die Landarbeiter Mecklenburgs und Schleswig-Holsteins im Streit, in Braunschweig sind Massenauflösungen in der Metallindustrie, die Eisenbahner stehen unmittelbar vor schweren Kämpfen. In allen vergangenen Aktionen hat die Gewerkschaftsbürokratie ihre verräterische Rolle gespielt, sie hat die Bewegungen in Mitteldeutschland, in Eibing, im Waldenburger Kohlenrevier, an der Saar als kommunistische Putsch verhöhnt. Doch die Arbeitererschaft hat durch schwere Niederlagen gelernt, daß sie sich einigen muß im Kampfe gegen das Kapital, wenn sie nicht untergehen will. Die ganze Macht der Gewerkschaften einzusetzen im Kampf für die 10 Forderungen des ADGB., gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeitererschaft durch neue Steuern und Preissteigerungen, das war das Verlangen im mer größeren Arbeitermassen, die über die parteipolitischen Schwankungen hinweg sich zu einigen begannen in einer gewerkschaftlichen Kampffront.

Immer stärker wurde das Verlangen an den ADGB. gestellt, daß er die Massen zum Kampf aufrufen solle.

Unter diesem Druck hat nun der ADGB. einen Aufruf herausgegeben. Es mag den Gewerkschaftsführern nicht mehr Ernst damit sein wie mit ihren 10 Forderungen. Doch die gesamte Arbeitererschaft muß sich der Forderungen bemächtigen und auf ihrer Grundlage in Aktion treten. Auch wird der ADGB. umsonst nach Ausflüchten suchen, dem Kampfe auszuweichen. Er sagt in seinem Aufruf, daß er nicht vor dem Kampf zurückschreie, daß er aber Einigkeit verlange. Sollte diese Stelle auf die Kommunisten gemünzt sein, so erklären diese heute schon, daß sie die Einigkeit im Kampfe nicht fördern werden, daß sie an vorderster Stelle kämpfen wollen und alles aufbieten werden, daß diese Forderungen in die Tat umgesetzt werden.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

### Preissteigerungen — Lohnerhöhungen.

Eine neue große Leuerungswelle ergießt sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht minder fühlbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungskreise der gewaltigen Lastervermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der ADGB. hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerlich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen

mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber

in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotverteuerung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preissteigerung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes bereits ein Ausgleich geschaffen sei.

Diese erhoffte Wirkung der Preissteigerung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen aufs neue preissteigernd wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen.

Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeitererschaft kein anderer Weg, als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Leuerung zu schaffen.

Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft belunden will, die Pflicht, die Arbeitererschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne

treuhändig zu unterstützen. Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reiche rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten.

Größer und schwieriger als jemals sind die und bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen schreden vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeitererschaft erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

L. J. Seipart.

Aus dem Aufruf spricht klar genug, daß sich der ADGB nur zögernd dazu entschlossen hat, diesen Schritt zu unternehmen. Er weiß genau, daß die Forderungen nicht ohne die schwersten Kämpfe der Arbeitererschaft gegen das Unternehmertum durchzusetzen sind. Wenn aber die gesamte Arbeitererschaft sich geschlossen hinter die Forderungen stellt, wird der ADGB. gezwungen sein, auf der ganzen Linie zum Kampf aufzurufen, wenn er nicht den schlimmsten Wortbruch begehen will. Er sagt, daß er die Forderungen mit den Mitteln

### des gewerkschaftlichen Kampfes

durchführen will. Die Arbeitererschaft muß das, was die mangelnde Energie ihrer Führer veräuht hat, wieder gut machen, daß sie einig und mit entschlossenem Kampfeswillen vorgeht.

## Arbeitsfriebe.

Copyright by Der Malik-Verlag, Leipzig.

Von Franz Jung.

Das Mädchen freute sich sehr. Es lief alles weiter und schwand aus dem Sinne, nichts blieb haften, daß es einem fortgesetzt vor Augen kam. Wie das Leben selbst geht alles dahin, in ewiger Bewegung. Auch die Wolken trug das Wasser fort und die sah aus wie dicke, weiße Wolkennoten. Dahinter aber zeigte sich nur hin und wieder der runde Kopf mit den Fuchselhaaren, und die großen Augen, die man so fein hochziehen kann, und die Waden so breit, und ganz lang wurde das Gesicht, wenn man sich vornüberbeugt und den Kopf durch die Brille steckt.

Das konnte aber Anna nicht sehen. Und dann kamen auch jetzt die Leute alle auf die Wiege, und sie mußten Platz machen; schon wenn jemand hier über die Brille will. Sie griff das Kind am Arm. Aber die Kleine sträubte sich gewaltig. Die Mutter hat, aber es half nichts, das Mädel blieb fest. Da hat die Mutter noch dringender, und es kamen immer mehr Leute, da zog sie und zog immer stärker, und das Kind schrie jetzt und biß sich fest und wollte weinen, da zitterte die Mutter und wurde schwach.

Auch die Frauen sind zukunftsfröh.

Unterdessen hatten sich wirklich viele Menschen auf der Wiege eingefunden. Sie stürzten von allen Seiten herbei, doch die meisten kamen aus dem Verwaltungsgesunde, wo so eine Art Vorversammlung anstehend schon abgehalten worden war. Man unterschied auch deutlich die einzelnen Gruppen nach den Kolonien, nach den Freunden, die aus der Stadt gekommen waren, und welche, die nur zufällig mit darunter waren. Der Septembertag war wunderbar mild und klar. Der leichte Wind wehte nach dem Wald zu und zog jedes Wort des Redners in die Länge, wodurch die Worte nur noch präziser wurden. Der Redner hatte an der Straße Aufstellung genommen. Man hatte aus ein paar Tonnen und Brettern darüber eine kleine Tribüne gemacht.

Die Partei hatte einen Mann geschickt, dem in solchen Fällen ein besonderer Ruf voranging. Es war ein kleiner rundlicher Mann, der alles andere als ein Volkswächter anzusehen und sein volles Gesicht lächelte die Zuschauer freundlich an, wenn er zu sprechen begann. Man fühlte sich gleich wohl und war wie zu Hause. Er fing davon an, wie die Wohnungs- und Siedlungsfrage jetzt aufgestellt sei und welche Forderungen die Arbeitererschaft sich erzwingen mußte. Er sprach breit darüber, was ja im übrigen alle schon wußten, wie der Aufruf vor dem Obdachlosenrat die Dringlichkeit dieser Frage gezeigt und der Partei die Möglichkeit geboten hatte, einzugreifen und wie die Regierung gezwungen gewesen wäre, ihre Bestimmungen zurückzuziehen und wie daher vorläufig auch Arbeitsfriebe nichts mehr zu fürchten habe. Das hatten sie ja schon erfahren. Dann sprach der Redner über die Siedlungsfragen im besonderen, lobte den Weg, den sie da schon beschritten hatten, redete der Vereinnahmung das Wort und schwärzte für der Heroismus der freien gemeinschaftlichen Arbeiter, die sie übernommen hatten. Den Zuhörern wurde ebenfalls warm dabei, denn alles, was er da so rausstrich, das waren sie selbst,

die Arbeitsfriebe und Waldheimer und Freundlicher und sie kamen sich schon fast wie berühmte Leute vor. Die Biese war voll Menschen, Frauen und Kinder mit drunter. Es war, als würde ihnen allen noch einmal ihre Heimat geschenkt mit dieser schönen Ansprache und sie sagten sich im stillen, der Mann spricht schön und er hat recht, und so soll es auch weiter sein. Alle die Versuche, die bereits angefangen waren, werden geheißen und auch die Liebernahme des Gutshofes wird ins Reine kommen. Und wenn sie nur einen großen Stall mit allerhand Vieh daraus machen.

Dann aber, und dafür gerade hatte der Redner eine gewisse Berühmtheit, warf er den Schafspelz ab und schlug ganz andere Töne an. Für Schafstöpfe, ihr Fbioten, redete er sie an, glaubt ihr denn, damit sei was getan? Und er entwickelte nun die soziale Revolution, zeigte die Machtstellung der bürgerlichen Gesellschaft und dieses Staates, zeichnete ihnen scharf das Endziel vor und kam so zu den Forderungen, die eine revolutionäre Partei jeweils über den nächsten Tag aufstellt. Und er schlug die Worte ihnen wie mit einem eisernen Hammer in den Kopf. Er wies ihnen gerade an ihrem Beispiel nach, wie notwendig es sei, alle Kräfte zusammenzuschließen zu einer Partei und die ganze Energie einzusetzen für das eine Ziel, den Sturz der bürgerlichen Regierung und des kapitalistischen Staates, für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Nur diesen einen Gedanken dürften wir jetzt haben, sagte er, keinen Schritt vom Wege abgehen, denn der führt uns zum Ziel ab, und der gerade Weg führt über den politischen Kampf um die Eroberung der Macht. Schließt euch feiter an die Partei an, sorgt für Aufklärung in euren Reihen, kämpft mit in diesem Kampf, der schwer ist und über Niederlagen geht, dann fällt auch das andere von selbst euch in den Schoß, als Frucht des Sieges. Und immer wieder kam er darauf zurück und er nannte sie Feiglinge und Abtrünnige, daß sie sich eingebildet hätten, für sich allein hier eine Welt außerhalb der Gesamtausbeutung mit der Unternehmungskasse aufbauen zu können. Se eifernder er sprach, um so mehr buchten sich die Köpfe, schuldlos. Sie sahen das ein, daß der Mann recht hatte. Es ist manchmal, daß man sich vor der großen Aufgabe brüht, indem man die kleineren, unabhängliche anfaßt. Aber es lag auch etwas darin, daß sie mit hoffnungsloser Traurigkeit erfüllte. Die Lippen stimmten ihm schließliche zu, sie sahen sich gegenseitig untereinander an, um das zu bekräftigen, was der Redner verlangt hatte, aber das Herz ging doch einen anderen Weg. In dem, was sie hier vor Augen sahen, darin fanden sie sich zurecht. Sie hatten es doch geschafft, ihre Forderungen durchgesetzt, alles konnte jetzt in neuem großen Maße weitergehen — wenn auch alles mit Hilfe der anderen. Wer aber fragt danach, wenn man sich nur einmal freuen will. Einmal den ewigen Druck los sein und was anderes vor sich sehen als Rot und Blau, Verweissung und Haß. Etwas, das sich von selbst zu bewegen begann, und worin sie mit allen ihren Gedanken, mit ihrem Leben und ihrer Arbeit mit drin waren. Das Herz tut weh, sich dabei sagen zu sollen: Vielleicht sind wir doch nur solche Schwächlinge, Verräter an dem großen Werk, Pflichtlose und Feiglinge — vielleicht, es leuchtet ein. Es ist so, daß jeder eigentlich die Faust krampft, um sich zusammenzureißen, bei der Stange zu bleiben, mehr tun als bisher, nichts mehr zu versäumen, immer und für alles bereit sein. Aber noch unter der Hand zerflattert wieder vieles, es löst sich gewissermaßen von selbst an — denn die Schwere nach ein klein wenig

Freude, nach einem Bipselchen Freiheit, die man schon fest in den Händen zu haben glaubt, läßt sich nicht vollends unterdrücken, sie schlüpft aus allen Eden wieder herbor. Und sie sind bereit, alle Demütigungen dafür zu tragen, die doppelte Arbeit, die vielfache Schwere dieser kleinen und fortgesetzten Zusammenbrüche, mit ihrer taubenstümmigen Not und zerplitterten Verzweiflung. Wenn die Sonne nur ein bißchen wieder scheint, ist alles vergessen und eine leise Hoffnung lächelt verziehen. So ist es, als ob der Redner einen Gegner zu Boden wirft und den Kopf auf die Erde preßt und etwas herauszwingt, preßt und zwingt, aber der Unglückliche kann nur noch schöhnen: Ich will ja alles tun, was du willst. Und er wird dann aufstehen und weitergehen, als wenn nichts gewesen wäre. Und eine neue Wunde wird er im Herzen tragen, die blutet. Er wird mit den Lippen betennen und mit dem Herzen träumen und bemüht sein, wo er das Herrschen lernen soll. Und er wird sich verwundern, warum denn der andere gar nicht begreift, daß er gar nichts tun kann. Ich will leben, fühlt er, ich will ja nur ein ganz klein wenig Glück, eine Abzählung auf das große allgemeine Wohlgehen, das einmal sein wird. Laß mich leben — und der andere steht ohnmächtig, wie er wieder dahingehet. So standen sie sich gegenüber, und die Menschen auf der Wiege hielten den Kopf tief gesenkt. Und der Redner donnerte und fluchte, und wie schon so oft bei diesen Reden, sah ihm das Grauen an der Kehle. Er fühlte sich verzweifelt und er sah sich wirr und verstimmt um nach einem menschlichen Gesicht, das mit ihm hätte und das ihn im Blut verstand. Der Schweiß rann ihm von der Stirn.

Der im Unglück lebt, lebt den Tag doppelt.

Da lag oben am äußersten Wiesentrand Anna Merkel und die Tränen rannen ihr über die Waden. Der Anfall der Kleinen war vorüber. Sie bekam ihn jetzt so häufig. Sobald nur etwas nicht ganz nach ihrem Willen ging, und die Mutter konnte schon längst nichts mehr recht machen. Das Kind lag jetzt mit dem Kopf auf dem Schoß der Mutter. Der Atem ging noch schwer, wie tiefe Seufzer, aber gleichmäßig. Der kleine Körper zitterte noch heftig. Der Kampf war vorüber. Anna stand vor Augen, wie sie damals, als Paul erschossen worden war und sie das Kind in den letzten Monaten trug, gegen alle sich gebäumt und gewallt hatte. Gegen Paul, daß er sich überhaupt eingelassen. Gegen die Kameraden, die für Paul nicht zur Hilfe gewesen waren, die nichts taten, den Gefallenen zu rächen. Gegen die Soldaten, die Paul verwundet hatten, gegen die Regierung und die bürgerliche Gesellschaft — und nicht zuletzt gegen sich selbst. Und als das Kind schon in der Wiege lag, konnte sie sich nicht überwinden. Sie hatte es so haberdürrt angesehen, daß sie manchmal über sich selbst erschroden war, und hatte es geschüttelt, das hilflose Wurm, wenn es nicht ruhig sein wollte, als wollte sie es in der Tat erwürgen. Und dann wuchs es dennoch allen zum Trost heran. Ihre Brust fiel zusammen in nichts. Sie wurde immer stiller, und auf einmal war alle Kraft weg. Das war zu der Zeit, als sie den Merkel genommen hatte. Und es war doch gut gewesen, daß Merkel bei ihr geblieben war. Jetzt war er fort. Wird anderwärts sein Glück versuchen. Es schmerzte sie, aber nicht über alle Kräfte. Sie wird sich allein durchschlagen. Vielleicht kommt er später wieder — er wird es anderswo nicht besser finden. Das tröstete sie schnell. Sie wird wieder in die Fabrik gehen. Vielleicht nimmt die alte Mutter die Kinder so lange, (Schluß folgt.)

# Jetzt geht's um's Fell des deutschen Proletariats! Beamte, Angestellte und Arbeiter Schlesiens!

Die Wirkungen der Unterzeichnung des Friedens von Versailles beginnen sich zu zeigen. Um ein wenig auch nur geringes Maß von Selbständigkeit für sich zu retten, hat sich die deutsche Bourgeoisie mit den siegreichen Entente-geheimen geeinigt. Die deutsche Kapitalistenklasse will die ungeheure Schuldsumme zahlen trotz allen vorangegangenen nationalistischen Entrüstungsrummels und aller noch heute gezeiteten geminten Empörung gegen die Vergewaltigungsversuche des „Feindbundes“.

Die deutsche Kapitalistenklasse hat sehr schnell begriffen, daß nur die Einigung mit den Ententekapitalisten eine Möglichkeit bedeutet, zu einer gewissen Selbständigkeit auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Spekulationen der deutschen Militaristenklasse, auf die Forderungen des „Feindbundes“ mit einer Kriegserklärung zu antworten, wurden als Hirngespinnste abgetan und nur insofern gewertet, als die deutschen Militaristen für geeignet befunden werden, den Skandalisationspunkt zu bilden für alle gegen Sowjetrußland gerichteten Militaraktionen des Weltkapitals.

Daß die deutsche Kapitalistenklasse selbst nicht daran denkt, irgendwelche Opfer auf sich zu nehmen, sagte sofort nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse der heutige Finanzminister Dr. Wirth vor der Bremer Handelskammer. Und mit seinem heutigen Steuerprogramm hat Wirth den Weg beschritten, den er schon damals andeutete: Alle Lasten sollen auf die Schultern des werktätigen Volkes gewälzt werden. Das Kapital, oder wie sich Herr Wirth ausdrückte, das deutsche „Volk“vermögen kann keine Opfer bringen. Die an die Entente zu zahlende Schuldsumme soll aus den Knochen des so schon genügend ausgemergelten Proletariats herausgewirtschaftet werden. Die zwischen den Bourgeoisien der Welt zustandegekommene „Einigung“ ist nur auf dem Rücken der Proletarier aller Länder möglich. Durch eine gesteigerte Ausbeutung des deutschen Proletariats will sich die deutsche Bourgeoisie den nötigen Zwischenverdienst herausholen.

Wie dieser ungeheure Raubzug gegen das deutsche Proletariat anzusehen soll, das haben die Steuerpläne des Reichsfinanzministers der deutschen Kapitalistenrepublik

**Fordert gemeinsam in allen Gewerkschaften Erhöhung der Löhne! — Tretet ein für die 10 Forderungen des ADGB! — Nieder mit der kapitalistischen Profitwirtschaft! — Für die sozialistische Gemeinwirtschaft!**

deutlich aufgezeigt. Kommen diese Pläne zur Durchführung und zur Auswirkung, so fällt auf die Schultern der deutschen Arbeiter und Angestellten eine derartige Last, daß für Jahrzehnte hinaus dem Proletariat jede Bewegungsfreiheit genommen ist und die deutsche Arbeiterschaft auf ein Niveau herabgedrückt wird, das noch weit hinter die Zeit zurückreicht, ehe sich Arbeiter gewerkschaftlich organisierten.

Das deutsche Proletariat steht vor finsterster Sklaverei. Wenn sich das deutsche Proletariat jetzt nicht zur Wehr setzt und in bretester Front die räuberischen Absichten der Bourgeoisie zu nichte macht, ist es rettungslos verloren. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende Schlesiens!

Soweit dürft Ihr es nicht kommen lassen.

Denn wenn es dem Großkapital gelingt, seine Raubpläne durchzusetzen, so ist es für die nächsten Jahrzehnte, wenn nicht für immer, mit jeder Freiheit der Arbeiter und Bauern und des sogenannten Mittelstandes vorbei.

Ihr müßt Euch also zur Wehr setzen. Ihr könnt das, weil gerade Ihr die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes bildet.

Jetzt ist die Stunde für die Einheit des Handelns für das gesamte werktätige Volk gekommen!

Es handelt sich nicht darum, überhöhrte Forderungen zu stellen. Es handelt sich nur darum, die Existenzmöglichkeit des arbeitenden Volkes sicherzustellen. Und eine solche Garantie erblicken wir in der

Erfüllung der 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Sozialdemokratische Arbeiter, Bauern und Angestellte in Stadt und Land.

Zu diesem Kampf fordern wir Euch auf. Schließt mit uns die Reihen gegen die ungeheuren Ausbeutungspläne des Kapitalismus. Setzt Euch zur Wehr. Laßt Euch nicht widerstandslos ausrauben und ausbeuten. Bleibt dem Kapitalistenpack die Antwort nicht schuldig.

## Breslauer Nachrichten

### Das Streikrecht städtischer Arbeiter.

Auf Grund des Streikrechts am 21. Dezember 1920 fanden 20 Arbeiter vom Gas- und Elektrizitätswerk vor dem Breslauer Schöffengericht. Die Anklage stützte sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 12. November 1920, wonach bestraft wird, wer zum Streik in lebenswichtigen Betrieben aufjordert, oder wer Handlungen vornimmt, die die Fortführung des Betriebes in Frage stellt.

Dem Breslauer Amtsgericht blieb es vorbehalten, als erstes Gericht Leute auf Grund dieser Verordnung zu bestrafen. Die „Volkswacht“ als Vertreterin der Interessen aber ist so von der positiven Mitarbeit an dem Aufbau der Ebertsittlichen Zweierrepublik durchdrungen, daß sie jede Kritik dieses Gerichtsurteils begreift. Die „Volkswacht“ solidarisiert sich eben mit allen arbeitereindlichen Handlungen ihrer Genossen, selbst wenn es die wichtigsten Errungenschaften der Novemberrevolution betrifft.

### Schlagfertige Bonzen.

Der Ortsvorstand des Bekleidungsarbeiterverbandes hatte einige untreue Genossen, die eifrig innerhalb der Gewerkschaften arbeiten, vor sein Forum geladen. Es war ihnen der fürchterliche Vorwurf gemacht, einen Genossen, der nicht Mitglied des Verbandes war, zum Zwecke kommunistischer Propaganda in eine Mitgliederversammlung eingeschmuggelt zu haben. Obwohl dieser Vorwurf nicht haltbar war, verjagte besonders der 2. Bevollmächtigte, Langner, zu wüten, wie ein Löwe im Ferkelladen. Er wollte unter allen Umständen unsere Genossinnen und Genossen, denen das Zeugnis befreit und intensiver Arbeit im Betriebsrat und Gewerkschaft bezeugt wurde, „unschädlich“ machen. Wenn es nach diesem Rufführer ginge, dann hätten alle Mitglieder vor ihm Strafmäßig zu stehen und seine Ermahnungen und Verjagungen über sich ergehen zu lassen. Auch schlagfertig kann der Herr sein. Einer Genossin bot er Knäuel an. Aber unsere Genossin war nicht weniger schlagfertig und bot ihm Gleiches an. Mit solchen persönlichen Stänkereien verjagen die SP-Bonzen die ihnen mißliebige Opposition aus dem Verband hinauszufeln. Aber sie sollen sich geschmeien haben.

## Provinznachrichten

### Die Anlockbienen als Gefangenenaufheber.

Bekanntlich wurden die drei Anlockbienen Walter, Wäp, Brella im März zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie, wie die Prozessakten zeigen, in einer ganz heimlichen, verächtlichen Weise, völlig unzulässige Leine während des Kampfes in der Reichskammer des Generalstaatsanwaltes mißhandelt hatten. Das Reichsgericht hat jedoch das Urteil auf, die Anlockbienen erklärte sich mit diesen Verbrechen als solidarisch. Es kommt jedoch noch besser. Man hat diese Soldaten nicht nur freigesprochen, sondern die Ebertsittlichkeit sogar dafür, daß diejenigen, die während des Kampfes den getreuen und lokalen Staatsanwaltern durch Gummihandschuhe, Geruchsalben und anderen gefährlichen Werkzeugen einen schlagenden Beweis von der Fortschrittlichkeit des monatlichen Gebandes beibrachten, von dieser Ebertregierung nur bezahlte Bonzen erhält.

So hat man Walter in Schwabau als Gefangenenaufheber angeheilt. Wir werden uns zwar über gar nichts mehr, denn in der deutschen Schieberrepublik wird das Unglückliche möglich gemacht, daß man über einen Reichsminister, von dem gerichtlicher Zeugnis fehlt, das er seiner früheren Stelle als Schwabauer erboben wurde, weil er sich Mißhandlungen Anwaltinnen gegenüber zu schulden kommen ließ und der während des Kampfes das Leben und die Gesundheit mehrerer Menschen durch seine rohen Mißhandlungen gefährdet hat, auf die wohlwollen Gefangenen losläßt, ist doch wirklich der Gipfel.

Die Arbeiterschaft kann aber aus diesem Vorfall ersehen, wie die Rechtssozialisten, die ja einen wesentlichen Bestandteil in der Regierung bilden, immer wieder dafür sorgen, daß der Reaktion die Waage in den Himmel wachsen.

### „Die Gefängnisse leeren sich.“

Unter dieser Überschrift bringt die „Breslauer Volkswacht“ die Nachricht, daß die Strafe, das Breslauer Untersuchungsgefängnis, fast leer ist. So daß Transportgefängnisse nicht mehr nach der Altschauer Straße gebracht werden müssen. Aus dieser Tatsache entnehmen sie, daß sich die „allgemeinen“ Verhältnisse nach dem Kriege nachlassen. Die „Volkswacht“ hofft, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Republik mit viel weniger Gefängnissen auskommen kann, als der kaiserliche Ordnungsgesetz. Die „Volkswacht“ habe immer darauf gehofft (!), und langsam (!) werde diese Hoffnung in Erfüllung gehen.

Am, verheerte „Volkswacht“, wir haben die Hoffnung nicht. Im Gegenteil werden die schweren wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen des kommenden Herbstes zunächst beweisen, daß wir keine besseren Verhältnisse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft entgegengehen. Es wird sich ferner zeigen, daß die Bourgeoisie unter Anwendung der schärfsten Mittel ihre Herrschaft behalten will und insofern gezwungen ist, die Zuchthäuser zu füllen.

Ihre Ministergenossen werden der Bourgeoisie Genterdienste dabei leisten, und ihre schönen Hoffnungen vernichten. In der „Strafe“ sitzen immer noch eine ganze Anzahl Genossen von uns, trotz des sozialdemokratischen Reichspolizeiministers.

In Zuchthaus von Jauer sitzen 300 Arbeiter aus Mittelschlesien, die auf Jahrzehnte der Welt entzogen sein sollen. Dies sind die Früchte der bürgerlichen Haltung der Sozialdemokraten und der Arbeiterheuer Höring und Sebring. Die weiße Justiz läßt offenkundige Verbrecher, Reaktionen, Räuber frei herumlaufen, damit sie die Zuchthäuser füllen kann mit Proletariats, die es gewagt haben, gegen dieses verurteilende Gebilde anzutreten.

Die vor Moral treibende „Volkswacht“ hat ihr Teil dazu beigetragen, und die Arbeiter werden sich dies zu gegebener Zeit ins Gedächtnis zurückzurufen haben.

### Der schlesische Landbund und die erhöhten Brotpreise.

Der schlesische Landbund, das Organ der „arbeitenden“ Großagrarien bereitet ein Flugblatt in einer Auflage von hunderttausenden, um den Brotpreiswärtenden den erhöhten Brotpreis schmerzhaft zu machen, und die Schuld an der Preissteigerung von sich abzuwälzen. Bei dieser Reklamationsstellung ist zunächst das Beispiel anzuführen, daß der jetzige Brotpreis nur gehalten werden konnte, weil die Regierung einen außerordentlich hohen Zuschlag zahlte. Das Flugblatt des Landbundes gibt an, daß das Reich für Auslandsgetreide pro Zentner 360 Mark gezahlt habe. Dies ist ein Widerspruch zu der New Yorker Zeitung, wo im Juli für eine Tonne Weizen 4000 Mark gezahlt wurden. Rechnet man dazu 700 Mark Frachtkosten, dann kommt der Zentner auf 20. — bis 24. — Mark.

Das Flugblatt des Landbundes gibt ferner an, daß der Preis für das sogenannte Unlaugegetreide 17,50 Mark beträgt. Die Preise für dieses Getreide haben sich angeblich noch nicht erhöht. Der Landbund behauptet jedoch, daß laut Bericht der Preisberichterstattung des schlesischen Landwirtschaftsverbandes am 29. Juli das freie Auslandsgetreide verkauft wurde: Weizen der Zentner mit 20 Mark, Roggen der Zentner mit 17,50 Mark, dazu kommen noch die Frachtkosten. Es ist also eine bewusste Fälschung des Landbundes, wenn er angibt, daß der freie Getreidepreis sich durchschnittlich auf 160 Mark setzen würde.

Die Sozialdemokratie, die sehr gute Kapitalisten hat, haben schon jetzt eine Kampagne begonnen, um gegen die Absicherung des billigen Unlaugegetreides Sturm zu machen. Sie stellen fest, daß in Deutschland auf Grund der Dürre eine schlechte, ja eine schlimme zu erwarten sei. Wenn aber schließlich die Getreidepreise noch zu ertragen sei, wäre doch die Landwirtschaft für die Regierung in Zukunft einträglicher. Inzwischen sind Kartellisten eingeschaltet worden, indem man die Menge des zu freigelegten Preises abgeklärte Getreide herabschneidet.

Die Landwirtschaft und ihre Organe nehmen als selbstverständlich hin, daß ihre Preise auf die Höhe der Weltmarktpreise gebracht werden. Ja, wie wir oben feststellten, bedeutet die jetzige Preisforderung für freies Auslandsgetreide eine wesentliche Uebersteigerung der Weltmarktpreise. Die Organe des Landbundes schimpfen und heben aber auf die Arbeiterschaft, daß sie verlangt, Erhöhung ihrer Löhne auf den Weltmarktpreisstand. Die Preise, die in ihren unerschämten Forderungen sich nur leiten lassen vom blinden Egoismus, belächeln die Arbeiterschaft auf's schärfste in ihrem Kampf gegen die Verelendung.

Viele Arbeiter haben noch den Glauben, daß durch die Forderung des Preisabbaues etwas zu erreichen sei. Demgegenüber steht das Bestreben und die Tatsache, daß die Preise für die Bedarfsgegenstände aller Art den Weltmarktpreis schon erreicht, zu einem Teil schon überschritten haben. Durch die kommenden Steuern werden die Preise noch mehr steigen. Deshalb gilt es mit aller Kraft zu kämpfen gegen die Brotpreissteigerung für eine allgemeine Lohnerhöhung, für Löhne, die den deutschen Arbeiter in die Lage versetzen, zunächst nicht zu verhungern, aber auch das unwürdige Joch des Schmutzkonkurrenzen gegenüber den Klassengenossen in den anderen Ländern abzusütteln.

Das Proletariat muß erkennen, daß es um diese Forderungen kämpfen muß im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, trotz des Geschreis von der darauf folgenden Unmöglichkeit des Aufbaues einer gesunden Wirtschaft. Das Proletariat muß aber auch erkennen, daß eine wirkliche, grundlegende Besserung seiner Lebenslage nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems herbeigeführt werden kann. Der Kampf, den das Proletariat auf Grund seiner Macht, die es mit seinen zehn Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter hat, zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage führen wird, führen muß, ist deshalb eine Etappe in dem Kampf um die Eroberung der proletarischen und wirtschaftlichen Macht. Diesen Kampf vorzubereiten, die Masse der Indifferenten und der sozialdemokratischen Nachläufer dafür zu gewinnen, ist also jetzt die heiligste Pflicht aller revolutionären Arbeiter.

## Aus dem Waldenburger Revier. Klassenjustiz.

Die Richter in der Ebert-Republik müssen immer von Zeit zu Zeit beweisen, daß sie die zuverlässigsten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft sind. So war es auch in letzter Woche in Waldenburg, wo vor der dortigen Strafkammer die sog. Nieber-Hermesdorfer Zuminutenen vom 3. Mai zur Verhandlung standen. Bergleute, die einen Direktor, der vorher die rote Fahne von „seinem“ Schacht hatte holen lassen, gezwungen hatten, den Demonstrationzug mitzumachen und dabei die rote Fahne zu tragen, wurden mit Gefängnis von 1 bis 2 Jahren bestraft. Die Bergarbeiter sollen sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben.

Das ist das zweierlei Maß in der glorreichen Republik der Ebert und Gradnauer: Wenn reaktionäre Offiziere die schwarz-weiß-rote Fahne hissen, so ist das gar nichts weiter, hießen aber Arbeiter die rote Fahne, so ist das Landfriedensbruch. Das sind empörende Zustände!

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus; Berlin, Berlag Sozialistischer Verlag, e. o. m. b. H., Breslau, Druck: Friedrichsstadt-Druckerei, e. o. m. b. H., Berlin SW 48.

### BILLIGE MÖBEL

vol. Couchen 480, Chaiselons 150, Plüschsofa 550, Waschtisch mit Marmor 360, Ausziehtisch 240, Nachttisch 75, Min-Schreibtisch 400, Küchen-Büfett 300, Bettsofa 390, Gard.-Schrank 200, Bettstelle mit Matratze 130, Schreibtisch, gr. Zimmer-Spiegel, Säulen mit schwer. Kristallglas 800, Waschtisch mit Kasten 95 Mark.

M. Giesel, Bilderstraße 23

Allen Genossen von Neu-Salzbrunn u. Umgegend empfehle ich mich zur Anfertigung von Schriftsätzen aller Art (Rahn- und Klagesachen, Steuerreklamationen und Erklärungen usw. usw.)

Josef Jäsche  
Neu-Salzbrunn, Gariauerstr. 2  
(Sächsisch. Haus)



Täglich geöffnet.

Demnächst erscheint: Demnächst erscheint:

## Russische Korrespondenz Nr. 6

Inhalt: E. Prochorski: Ein neuer Zeitabschnitt. Gesetze über Naturalsteuer / A. Lenin: Zur Frage der Naturalsteuer / J. Laria: Zurückbiegung oder Ausweichen der Front (Ueber tigen Fragen der russischen Volkswirtschaft / L. Chintzoff: Die den neuen Wirtschaftstrends) / W. P. Miljutin: Die gegenwärtigen Aufgaben der Genossenschaften / A. Swiderski: Die praktische Durchführung der Naturalsteuer / Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands (Revolution, angenommen von der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Russlands, Moskau, Mai 1921) / W. P. Miljutin: Die Wirtschaftspolitik des Obersten Volkswirtschaftsrates. / A. Klyow: Die Lage der russischen Volkswirtschaft / A. Kattyn: Vom alten Obersten Volkswirtschaftsrat zum neuen Volkswirtschaftsrat / A. Kattyn: Naturalsteuer und Kleinindustrie. / A. Lenin: Zur Kritik des Arbeits- und Verteilungsplans an der lokalen Sowjeterrichtungen (Entwurf) / J. Laria, A. Holzmann, A. Kattyn: Auslandsfonds und Arbeitslohn / E. Barga: Die Organisierung der bäuerlichen Landwirtschaft / E. Prochorski: Papiergeld und Zwangswirtschaft / Lefkawa: Die Einfuhr und Ausfuhr Sowjetrußlands / M. Polowinski: Das Problem der Arbeitsorganisation in der Produktion / Ueber die Naturalprämien (Bericht an den Rat der Volkswirtschaft) / A. Okski: Die Ergebnisse einer Studienreise / Von der Tätigkeit des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees / J. Brandenburgsky: Die Kommunisten und die Genossenschaften / A. Okski: Die „alte“ und die „neue“ Politik der russischen Kommunisten / Der IV. Allrussische Kongress der Gewerkschaftsverbände / A. Anbasow: Die Hauptmomente in der Entwicklung der kommunistischen Partei Russlands / R. Luchatschewsky: Die Rote Armee und die Miliz / A. Wlasnow: Die soziale Erziehung in Sowjet-Rußland / Mich. Sewelowsky: Die ökonomische Entwicklung und die Agrarfrage in Persien im XX. Jahrhundert. / W. Aerschenow: Die Erfolge des neuen Theaters / G. Arshifanowski: Gründung eines wärmetechnischen und elektrochemischen Instituts für wissenschaftliche Forschung / J. Szejnawski: Bericht über die Arbeit des Allrussischen Rates der Produktionspropaganda / A. Okski: Die Aufgaben der kommenden Ernte / A. Jewskanow: Der Zustand des Transportes in Sowjet-Rußland.

Preis M. 6.—

Kommunistische Bucherei Breslau V,  
Grabschauerstr. 45.